

# Vertragsgestaltung und Kontrolle bei Auftragsdatenverarbeitung

**Matthias Bergt**

Rechtsanwälte v. Boetticher Hasse Lohmann

Herbstakademie 2013

## Begriff der Auftragsdatenverarbeitung, § 11 BDSG

- ▶ Auslagerung von Verarbeitungsvorgängen personenbezogener Daten
- ▶ Auslagerung von Wartung, wenn Zugriff auf personenbezogene Daten nicht ausgeschlossen werden kann (§ 11 Abs. 5)
- ▶ Weit:
  - ▶ klassische IT-Outsourcing-Projekte
  - ▶ SaaS Unternehmensbuchhaltung
  - ▶ Entsorgung von Schriftstücken durch fremdes Reinigungspersonal
  - ▶ PC-Reparatur
  - ▶ E-Mail-Account

## Grenzen der Auftragsdatenverarbeitung

- ▶ Meinungsstreit um Funktionsübertragung im IT-Bereich nicht relevant
- ▶ Keine Erheblichkeitsschwelle
  - ▶ Also auch kurzfristige Cloud-Nutzung

## Rechtsfolgen der Auftragsdatenverarbeitung

- ▶ Gesetzliche Fiktion: Datenweitergabe an Auftragnehmer zur Verarbeitung in EU/EWR ist keine Übermittlung
- ▶ Auftraggeber bleibt für Einhaltung des Datenschutzrechts verantwortlich (§ 11 Abs. 1)
  - ▶ Auskunft (§ 34)
  - ▶ Löschung (§ 35)
  - ▶ Schadensersatz (§ 7)
- ▶ Auftragnehmer haftet bei weisungswidriger Verwendung der Daten
- ▶ Haftet Auftragnehmer auch bei formunwirksamem Auftragsdatenverarbeitungsvertrag?

## Anforderungen an den Auftragnehmer

- ▶ Sorgfältige Auswahl „unter besonderer Berücksichtigung der Eignung der von ihm getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen“ (§ 11 Abs. 2 Satz 1)
- ▶ Schutzstandard regelmäßig Vertragsbestandteil

## Anforderungen an die Vertragsgestaltung

- ▶ § 11 Abs. 2 Satz 2 Mindest-Inhalte (nicht abschließend)
  - ▶ § 11 Abs. 2 Satz 2: „im Einzelnen festzulegen“
- ▶ Schriftform (§ 126 BGB) jedenfalls wegen § 43 Abs. 1 Nr. 2b
- ▶ Problematisch:
  - ▶ Technisch-organisatorische Maßnahmen (Datensicherheit)
  - ▶ Kontrolle (§ 11 Abs. 2 Satz 4)

## Technisch-organisatorische Maßnahmen

- ▶ Festlegung „im Einzelnen“ = konkrete Sicherheitsmaßnahmen, deren Vorhandensein überprüft werden kann
- ▶ Notwendiges Schutzniveau beim Auftragnehmer = notwendiges Schutzniveau beim Auftraggeber
  - ▶ Abwägung, § 9 Satz 2
  - ▶ Abhängig auch davon, ob klassische Auftragsdatenverarbeitung oder Wartung (§ 11 Abs. 5)

## Wichtige Regelungsinhalte hinsichtlich TOM

- ▶ Datenlöschung
  - ▶ Auch aus dem Backup
- ▶ Rückgabe/Vernichtung Datenträger
- ▶ Sicherheit der Datenübertragung und –speicherung
- ▶ Hilfreich: Verschlüsselung
  - ▶ Verschlüsselte Datenträger
    - ▶ Ermöglicht Nutzung von Gewährleistung/Garantie
    - ▶ Ermöglicht Löschung durch Löschen des Schlüssels
  - ▶ Verschlüsselte Datenübertragung
    - ▶ Auch im Backend
    - ▶ Auch bei Weiterleitung als E-Mail



## Festlegung technisch-organisatorischer Maßnahmen

- ▶ Sicherheitskonzepte, Zertifizierungen und Aufstellungen technisch-organisatorischer Maßnahmen zum Vertragsbestandteil machen
- ▶ Umfassende Liste möglicher technisch-organisatorischer Maßnahmen zum Ankreuzen
  - ▶ Prüfen, ob ausreichend; ggf. Einführung ergänzender Maßnahmen vereinbaren
- ▶ Regelung über Anpassung an künftige Entwicklungen
  - ▶ Regelung über Kostentragung

## Sonstiger Regelungsbedarf

- ▶ Ausschluss Zurückbehaltungsrecht an Daten und Datenträgern
- ▶ Kontrollen
  - ▶ Duldungs- und Mitwirkungspflichten des Auftragnehmers
    - ▶ Auskunftserteilung
    - ▶ Vorlage von Unterlagen
  - ▶ Kontrollrechte ausreichend intensiv, ggf. ergänzend zu Zertifizierungen
  - ▶ Betrieblicher Datenschutzbeauftragter, Betriebsrat
- ▶ Bei Erstkontrolle nach Vertragsschluss: Rücktrittsrecht bzw. aufschiebend bedingte Auftragserteilung für den Fall von Beanstandungen

## Sonstiger Regelungsbedarf II

- ▶ Subauftragnehmer
  - ▶ Verboten?
  - ▶ Schriftliche Zustimmung?
  - ▶ Vorab-Information mit Widerspruchsrecht?
  - ▶ Schutzniveau beim Subauftragnehmer, Kontrollrechte, kein Zurückbehaltungsrecht des Subauftragnehmers
  - ▶ Beachte § 11 Abs. 5 (Wartung)
- ▶ Unterstützung bei Verfahrensverzeichnis und Data Security Breach Notification
  - ▶ Über Anforderungen des § 42a hinaus
- ▶ Definition wichtiger Gründe i.S.v. § 314 BGB
  - ▶ Auswirkungen bei Rahmenverträgen?
- ▶ Vertragsstrafen, Beweislastumkehr analog § 7 BDSG

## Vertragstechnik

- ▶ Modularer Aufbau
- ▶ In Anlagen auslagern:
  - ▶ Gegenstand und Dauer des Auftrags
  - ▶ Umfang, Art und Zweck der Verarbeitung; Art der Daten und Betroffene
    - ▶ Verfahrensverzeichnis verwenden?
  - ▶ Namentlich benannte erlaubte Subunternehmer
  - ▶ Technisch-organisatorische Maßnahmen

## Vorgehen bei Massenverträgen

- ▶ Initiative vom Anbieter
  - ▶ Kostenersparnis durch Standard-Vertrag
- ▶ Angebot für normal vertrauliche Daten, ggf. besonderes Schutzniveau als Premium-Produkt
- ▶ Ersatz der Kontrolle des Auftraggebers durch Zertifizierungen durch unabhängige Dritte

## Kontrolle des Auftragnehmers

- ▶ Vor Beginn der Verarbeitung und sodann regelmäßig (§ 11 Abs. 2 Satz 4)
- ▶ Dokumentation (§ 11 Abs. 2 Satz 5)
- ▶ Erstkontrolle von besonderer Bedeutung
  - ▶ Ordnungswidrigkeit (§ 43 Abs. 1 Nr. 2b)

## Kontrolle durch Dritte

- ▶ Vor-Ort-Kontrolle nicht zwingend vorgeschrieben
- ▶ Gesetzesbegründung:
  - ▶ Auftraggeber kann Sachverständigen beauftragen
  - ▶ U.U. Auskunft des Auftragnehmers ausreichend
- ▶ Aber auch Zertifizierung im Auftrag des Auftragnehmers zulässig

## Kontrolle ausschließlich durch Zertifizierung?

- ▶ Bisher Aufsichtsbehörden: Zumindest Recht auf persönliche Kontrolle unabdingbar
- ▶ Aber kein Grund für absolute Einschränkung der Prüfung durch Dritte, wenn umfassende Zertifizierung
- ▶ Abhängig vom Schutzbedarf usw. allerdings ergänzendes Prüfungsrecht, ggf. auf Verdachtsfall beschränkt



## Anforderungen an Zertifizierungen

- ▶ Keine Entbindung von Auftraggeber-Kontrollpflichten
- ▶ Keine Absenkung des Kontrollniveaus
  - ▶ Zertifizierer sachkundig und unabhängig?
    - ▶ Zertifizierung durch BSI (z.B.)
  - ▶ Alle technisch-organisatorischen Maßnahmen bestätigt?
  - ▶ Ggf. ergänzende Kontrollen
- ▶ Abstimmung von Vertrag und Zertifizierung
  - ▶ Gleicher Aufbau Checkliste – Vertrag – Bericht des Zertifizierers
- ▶ Verträge und Zertifizierung nicht zu einseitig auf Anbieterinteressen ausgerichtet
  - ▶ Der Auftraggeber muss seinen gesetzlichen Pflichten nachkommen können!

## Dokumentation der Kontrolle

- ▶ Dokumentationspflicht (§ 11 Abs. 2 Satz 5)
  - ▶ Nicht bußgeldbewehrt, aber wichtig als Nachweis der bußgeldbewehrten Erstkontrolle
- ▶ Bei Zertifizierung durch vertrauenswürdige Dritte knapper als bei Eigenkontrolle
  - ▶ Prüfung auf Einhaltung aller vereinbarten technisch-organisatorischen Maßnahmen muss erkennbar sein

## Gesetzgeberischer Handlungsbedarf

- ▶ Aufwand für gesetzeskonforme Auftragsdatenverarbeitung lässt sich bereits de lege lata erheblich verringern
  - ▶ Problematisch bleiben Schriftformerfordernis und Kontrolle
- ▶ De lege ferenda: keine Schriftform erforderlich
  - ▶ Entwurf Datenschutz-Grundverordnung: Dokumentation genügt
- ▶ De lege ferenda: Anforderungsprofile an technisch-organisatorische Maßnahmen für Standard-Anwendungsfälle
  - ▶ Für Rechtssicherheit: Gesetzliche Definition als ausreichend
- ▶ Zertifizierungen anhand der Standard-Anforderungsprofile

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit**

**Matthias Bergt**

Rechtsanwälte v. Boetticher Hasse Lohmann

Oranienstr. 164

10969 Berlin

Telefon 030/61 68 94 03

E-Mail [mbergt@boetticher.com](mailto:mbergt@boetticher.com)